

25-488-7
Aus dem Besitz des RA. Fritsch,
Augsburg. (Vert. Fall VII u. XI)

Eidesstattliche Erklärung. (1)

Ich Paul GRABS geboren am 3.1.98 in Zittau
wohnhaft in Hamburg-Fuhlsbüttel,
Erdkampsweg No. 119, bin zunächst darauf auf-
merksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine fal-
sche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass
meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweis-
material dem Militärgerichtshof IV im Justizpalast zu Nuernberg, Deutsch-
land, vorgelegt zu werden.

Ich bin 1921 von einem Mitarbeiter des ehemaligen preussischen Finanz-
ministers, Prof. Dr. POPITZ, als Expedient in die Steuerabteilung des
Reichsfinanzministeriums einberufen worden. 1934 trat ich aus dem Umsatz-
steuer-Referat der Steuerabteilung in das Ministerbuero als Buerobeamter
ein. Ich habe zu keiner Zeit der Partei noch einer ihrer Gliederungen
angehoert. Ich war lediglich Mitglied des RDB, der NSV und des RLB, ohne
in diesen Verbaenden Aemter bekleidet zu haben.

Graf SCHWERIN von KROSIGK ist mir seit 1921 bekannt. Er gehoerte damals
bereits dem Reichsfinanzministerium an. Spaeter trat er durch seine fach-
liche Arbeit und die Ernennung zum Ministerialdirektor und Leiter der
Haushaltabteilung immer mehr in den Vordergrund und gewann unter den An-
gehoerigen des Reichsfinanzministeriums allgemeines Interesse. Am 2. Juni
1932 wurde er Reichsminister der Finanzen in dem Kabinett von PAPPEN, wie
man sich erzaelte, gegen seinen Wunsch. 1933 bestaetigte ihm die national-
sozialistische Regierung in seinem Amt. Die Angehoerigen des Ministeriums
begruessten es, dass der Parteifunktionaer REINHARDT damals nur Staats-
sekretaer wurde und den langjaehrigen Berufsbeamten Graf SCHWERIN von
KROSIGK nicht verdraengen konnte. Dieser erfreute sich wegen seines vor-

- 2 -

nehmen, ruhigen, abwaegenden Wesens und seiner sachlichen und gerechten Einstellung gegenueber jedermann unter den Angehoerigen des Reichsfinanzministeriums allgemeiner Wertschaetzung und Verehrung. Man kannte seit vielen Jahren seine verantwortungsvolle Arbeit und wusste daher, dass er allen radikalen Forderungen und jeder Intoleranz der NSDAP voellig ablehnend gegenueberstand.

Nur ganz wenige Beamte entpuppten sich 1933 als Mitglieder der NSDAP. Ich war zufaellig Zeuge, als die Nazi-Flagge von dem Hausinspektor durch eine Dachluke des Ministeriums herausgesteckt wurde. Hoechstens zwei Dutzend Beamte, meist untergeordneter Stellung, wohnten diesem voellig formlos vollzogenen Akt bei, bei einem Personalbestand des Ministeriums von seinerzeit ca. 1.200 Personen eine laecherlich geringe Anzahl. Als spaeter unter dem sich mehr und mehr verstaerkenden Druck des Staatssekretars REINHARDT die meisten Angehoerigen des Ministeriums in die Partei eintraten, blieb doch in vielen die ablehnende Haltung bestehen. Diejenigen Beamten, aber, die der Partei nicht beitraten wollten, blickten voll Vertrauen auf den Minister, der ebenfalls ausserhalb der Partei geblieben war, Man sah in ihm die Gewaehr fuer eine ruhige, sachliche und gerechte Politik.

Als der Minister Anfang 1937 in einer Kabinettsitzung das "Goldene Parteiabzeichen" annehmen musste und dadurch automatisch zum Pg. erklart war, aenderte sich das Urteil der Beamtenschaft in keiner Weise. Man kannte den Zwang, der hinter dieser Annahme stand und wusste, dass der Minister nach seiner ganzen Einstellung und Haltung niemals ein Nazi werden wuerde. Nicht nur der Beamtenschaft im Ministerium und in der Finanzverwaltung, sondern auch der gesamten Wirtschaft bedeutete die

Tatsache, dass Graf SCHWERIN durch Entgegennahme des Parteiabzeichens in seinem Amt bestaetigt worden war, die Gewaehr fuer die Beibehaltung einer ruhigen und sachlichen Arbeit. Viele, die auf eine Beseitigung der verhassten Nazi-Herrschaft hofften, waren der Ueberzeugung, dass der Minister ein schwieriges und verantwortungsvolles Amt, das bei der fortschreitenden Radikalisierung der Nazipolitik sichtlich schwer auf ihn lastete, beibehalten wollte, damit die oeffentlichen Finanzen geordnet und gesichert blieben.

Tatsache ist, dass die Haltung und die Einstellung des Ministers die von Staatssekretaer REINHARDT erstrebte voellige Nazifizierung des Finanzministeriums verhindert hat. Sonst haette es z.B. nicht geschehen koennen, dass noch 1944 von sechs Ministerialdirigenten, die befoerdert wurden, fuenf Nichtparteiigenossen - die Herren MAYER, POERSCHKE, AUGUSTIN, RIEWALD UND VON KNORRE - waren. Wie viele andere verdanke auch ich selbst wenn ich dies hier zum Ausdruck bringen darf, dieser Einstellung des Ministers meine Befoerderung entgegen dem Willen der NSDAP. Auch sonst trat der Minister ueberall da, wo es in seiner Macht stand, den Machtanspruechen der Partei im Rahmen des Moeglichen entgegen.

Diese allgemeinen Ausfuehrungen moechte ich noch durch eine Reihe von besonderen Beobachtungen ergaenzen, die ich waehrend seiner Taetigkeit im Ministerbuero von 1934 bis zur Aufloesung ueber die politische Einstellung und Haltung des Ministers machen konnte:

1. Mein Eintritt in das Ministerbuero erfolgte 1934 auf Anraten meines damaligen Chefs, Ministerialrat Dr. HUEBSCHMANN, einem vertrauten Mitarbeiter des spaeteren Finanzministers Prof. Dr. POPITZ. Da ich

der Partei nicht beitreten wollte, wuerde ich, so meinte Dr. HUEBSCHMANN, auf die Dauer nicht gegen den Druck des Staatssekretaers REINHARDT im Ministerium zu halten sein. Im Buero des Minister dagegen waere ich sicher, da der Minister selbst kein Pg sei und sich auch nicht um die Nazifizierung des Ministeriums kuenmere.

2. In den spaeteren Jahren, als der Zwang zum Eintritt in die Partei sich verstaerkte, fragte der damalige persoenliche Referent, Ministerialrat Dr. SCHOLL (Pg von 1933) den Minister, ob es zulaessig sei, dass Amtsrat KURZE und ich weiter im Ministerbuero beschaeftigt wuerden, da wir beide nicht Pg. seien. Der Minister hatte darauf, wie mir Dr. SCHOLL spaeter sagte, erwidert, dass es ihm nur auf die fachliche Tuechtigkeit und Zuverlaessigkeit ankomme und er deshalb nicht die geringsten Bedenken gegen unser Verbleiben haette.

3. Keiner der persoenlichen Referenten des Ministers waehrend des Nazi-regimes war alter Kaempfer oder Aktivist. Ministerialrat Dr. MEYER, der bis 1935 persoenlicher Referent war, gehoerte der Partei ueberhaupt nicht an. Sein Nachfolger GRR Dr. BRANTZ war Pg. von 1933, ebenso die folgenden Referenten GRR Dr. SCHOLL und GRR DONANDT. Das gesamte Buero-personal, bestehend aus zwei Expedienten, drei Stenotypistinnen und zwei Amtsgehilfen, gehoerte der NSDAP zu keiner Zeit an. Nur ein Oberinspektor, der in spaeteren Jahren zur Verstaerkung des Personals herangezogen werden musste, war Pg. von 1932. Aber auch er war wegen seiner gemaessigten und kirchenfreundlichen Einstellung mit seinem Ortsgruppenleiter in Konflikt geraten und hat sich auch niemals in irgendeiner Weise als Aktivist gezeigt. Man musste z.Zt. auf ihn zurueckgreifen, weil ein sonstiger geeigneter Buerobeamter nicht vorhanden war.

4. Als am 30.6.1934 nicht nur Roehm und seine Anhänger, sondern auch andere prominente Personen, die sich der Partei gegenüber missliebig gemacht hatten, hingerichtet wurden, fürchteten wir alle um das Leben des Ministers, denn es war uns bekannt, dass auch er gewissen radikalen Kreisen der Partei wegen seiner konservativen und kirchenfreundlichen Einstellung ein Dorn im Auge war.
5. Bei der Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das bekanntlich gegen die Angehörigen der früheren Linksparteien und besonders gegen die Juden gerichtet war, schaltete sich der Minister persönlich ein und liess sich alle Fälle, in denen ein Beamter zur Entlassung vorgesehen war, zur endgültigen Entscheidung vorlegen. Zu diesem Zweck besuchte er auch die Oberfinanzpräsidien. Viele Beamte verdanken dem damaligen persönlichen Eingreifen des Ministers, dass sie nicht aus dem Amt entfernt wurden.
6. Durch sein Festhalten an den kirchlichen Gebräuchen und durch seinen Besuch des Gottesdienstes in der Dahlemer Kirche zeigte der Minister der breiten Öffentlichkeit, dass er sich trotz seiner Parteizugehörigkeit charakter- und gesinnungsmässig nicht geändert hatte. In seinem Dienstzimmer hat Graf SCHWERIN von KROSIGK wiederholt Sitzungen und Besprechungen mit Pfarrer NIEMÖLLER, Pastor von BODELSCHWINGH und anderen bedeutenden Kirchenvertretern abgehalten, die die Lösung der unhaltbaren Kirchenfrage herbeiführen sollten.

Entsprechend seinem ausgeprägten Sinn für Toleranz und Gerechtigkeit setzte sich der Minister ferner, soweit dies in seinen Kräften stand, für diejenigen ein, die aus rassistischen Gründen aus dem Dienst entlassen worden waren. Er tat dies ohne Rücksicht auf die ihm daraus drohenden Gefahren. So hat er z.B. dem früheren Staatssekretär Dr. ZARDEN, und dem früheren Ministerialdirigenten NORDEN sowie anderen Beamten helfend zur Seite gestanden. Staatssekretär Dr. ZARDEN insbesondere hat sich mir gegenüber, als ich ihn einmal unterwegs traf, sehr anerkennend über die anständige Haltung des Ministers geäußert. Auch in anderen Fällen, die mir im einzelnen nicht mehr genau erinnerlich sind, hat der Minister seine Hilfe nie versagt.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass der frühere Reichsminister der Finanzen, Graf SCHWERIN von KROSIGK, von den Angehörigen des Reichsfinanzministeriums, von denen ihn viele seit seinem Eintritt in das Ministerium 1920, also fast ein halbes Menschenalter kannten, und auch in der Reichsfinanzverwaltung von dem überwiegenden Teil seiner Beamtenschaft wegen seiner Gesinnung, seiner sauberen Haltung und seines aufrechten, ruhigen und sachlichen Wesens hoch geachtet und niemals als ein Anhänger der NSDAP angesehen wurde. Vom Reichspräsidenten von HINDENBURG 1932 zum Reichsfinanzminister ernannt, hat er bis zu seiner Gefangennahme Ende Mai 1945 in treuer Pflichterfüllung auf seinem schweren verantwortungsvollen Posten ausgeharrt, um

nach der allgemeinen Auffassung der Beamtenschaft und
in weiten Kreisen des Volkes Schlimmeres zu verhüten.

Hamburg - Fuhlsbüttel, den 4. Juni 1948
Erdkampsweg 119

A. Kurt Grab

Urk.Rolle No. 2070

Die vorstehende Unterschrift des Herrn Oberregierungsrates
Dr. GRABS, dessen Persönlichkeit durch den unterzeichneten
Notar Dr. juris festgestellt wurde, wird hiermit be-
glaubigt und von mir bezeugt.
Wolf Harm

Hamburg, den 4. (vierten) Juni 1948 (neunzehnhundertachtundvierzig)

Wert: RM 3.000.- angen.-
Gebühr §§ 26, 39 RKO. RM 4.-
Umsatzsteuer 0.12
RM 4.12



[Handwritten signature]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

nach der allgemeinen Auffassung der Rechtsprechung und
des Reichsgerichtes von Volkmann Schlichter zu verhalten.

Hamburg, den 1. Juni 1919
Hamburg, den 1. Juni 1919

[Handwritten signature]
Urf. Heide No. 107

Die vorstehende Unterschrift des Herrn Oberbürgermeisters
Dr. BRASS, durch Petrusdahlke durch den Notar
Herrn Dr. ... festgestellt wurde, wird hiermit be-
stätigt und von ... besetzt.

Hamburg, den 1. Juni 1919

[Handwritten signature]



Wert: RM 2.000,-
Geld: RM 2.000,-
Umsatzsteuer



Einzel, Einzel,

25-48-9

Nr. 2

v. 4. 6. 48

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

35-428-70
Aus dem Besitz des RA. Fritsch,

Augsburg. (Vert. Fall VII u. XI)

Eidesstattliche Erklärung (2)

Ich, Dr. Paul G r a b s , geboren am 3.I.1898
in Zittau, wohnhaft in Hamburg-Fuhlsbüttel, Erdkampsweg 119,
bin zunächst darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich
mich strabar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche
Erklärung abgebe. Ich erkläre an eidesstatt, dass meine Aussage
der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial
dem Militärgerichtshof IV im Justizpalast zu Nürnberg/Deutschland
vorgelegt zu werden.

Von 1921 bis 1945 habe ich dem Reichsfinanzministerium angehört.
Als Expedient war ich zunächst in der Steuerabteilung und von
1934 ab im Ministerbüro beschäftigt. Während meiner Tätigkeit
in diesem Büro erhielt ich auch von zahlreichen, von dem
Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk persönlich
verfassten Schriftstücken Kenntnis, da die Beamten seines
Büros für die technische Erledigung und die sichere Aufbe-
wahrung der Entwürfe verantwortlich waren.

Aufgrund dieser amtlich erlangten Kenntnis kann ich
Folgendes bezeugen:

Kurz vor Beginn des Krieges gegen Russland hat der Graf Schwerin
v. Krosigk, wie ich mich genau erinnern kann, einen Brief an
Göring geschrieben, in welchem er eindringlich vor einem Angriff
gegen Russland warnt. Ich kann mich nach dem Gedächtnis nicht mehr
auf Einzelheiten des Schreibens besinnen, weiss aber genau, dass
der Graf Schwerin v. Krosigk eine Reihe von Gründen anführte,
die zeigen sollten, dass die Eröffnung eines Angriffskrieges
gegen Russland schwere politische Folgen nach sich ziehen müsste.
Der Graf Schwerin v. Krosigk bat Göring in diesem Brief, seinen
ganzen Einfluss gegen den Plan eines Feldzuges im Osten geltend
zu machen.

Hamburg-Fuhlsbüttel, den
Erdkampsweg 119.

4. Juni 1948

Paul Grab

Die vorstehende Unterschrift des Herrn Oberregierungsrats
Dr. GRABS ,dessen Persönlichkeit durch den unterzeichneten
Dr. juris Wolf Harm ----- festgestellt wurde, wird
hiermit beglaubigt. und von mir bezeugt.

(vierten)

Hamburg, den 4. Juni 1948 (neunzehnhundertachtundvierzig).

Wert: RM 3.000.- angen.
Gebühr §§ 26,39 RKO. RM 4.-
Umsatzsteuer 0.12
RM 4.12



[Handwritten signature]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv